

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Juni 2019

Inhalt

Nachrichten aus den EU-Institutionen	1
Rat der Europäischen Union: Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben angenommen.....	1
EU-Kommission präsentiert den Haushalt für 2020.....	2
Europäischer Rat nimmt Strategische Agenda der EU für 2019-2024 an.....	2
Rat der Europäischen Union: Überarbeitung der Verordnung über das Lebensmittelrecht.....	2
Nachrichten aus den europäischen Staaten.....	3
Belgien: Neues Schulgesetz für Französische Gemeinschaft.....	3
Kroatien: Nationale Jugendstrategie 2019-2024 in Entwicklung.....	3
Irland: Erste politische Strategie für frühkindliche Betreuung vorgelegt.....	3
Polen: Ausweitung des Programms Family 500+.....	3
Schweiz: Projekte zur Extremismus-Prävention evaluiert.....	4
Weitere Nachrichten	4
Eurostat veröffentlicht Zahlen zu Familienleistungen in der EU.....	4
Weltkindertag: Save the Children veröffentlicht Global Childhood Report.....	4
Eurochild: Stellungnahme zum Europäischen Semester.....	5
UNICEF: Studie zu Familienpolitik in OECD- und EU-Staaten.....	5
Internationaler Tag gegen Kinderarmut.....	5
Weltflüchtlingstag.....	6
Y7 Jugendgipfel.....	6
Welttag der Lebensmittelsicherheit ins Leben gerufen.....	6
Berichte und Studien	7
EU-Kommission: Demographische Szenarien für die EU.....	7
OECD: Gute Strategien für gute Berufe in der frühen Bildung.....	7
Discussion Paper von Population Europe zu Migrationsfamilien in Europa.....	7
Population Europe: Kurzbericht zur Pflege älterer Menschen.....	8
EU-Kommission: Bericht zu Gesundheits- und Pflegesystemen europäischer Staaten.....	8
Kurzexpertise zu Finanzieller Absicherung von Kindern. Ein Blick in andere europäische Staaten.....	8
EMCDDA: Europäischer Drogenbericht 2019.....	8
Bevorstehende Veranstaltungen.....	9





Nachrichten aus den EU-Institutionen

Rat der Europäischen Union: Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben angenommen

Die Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige wurde am 13. Juni auch vom Europäischen Rat angenommen. Das EU-Parlament und der Vorsitz des Rates hatten sich im Januar über die auch „Work-Life-Balance-Paket“ genannte Richtlinie geeinigt (s. EuropaNews 01/19). Nachdem das Parlament im April 2019 (s. EuropaNews 04/19) positiv über die Richtlinie abgestimmt hatte, bildet die Annahme durch den Rat nun den letzten Schritt im EU-Gesetzgebungsverfahren. Am 20. Tag nach Veröffentlichung der Richtlinie tritt sie in Kraft. Die EU-Mitgliedstaaten sind dann aufgefordert, die notwendigen Rechts- und Verwaltungsvorschriften zu ihrer Umsetzung innerhalb von drei Jahren zu erlassen. Die Richtlinie enthält Regelungen zu Vaterschaftszeit, Elternzeit, Pflegezeit und zu flexiblen Arbeitsregelungen, die Eltern und pflegenden Angehörigen künftig EU-weit gewährt werden müssen.

Im Vorfeld der Rats-Sitzung veröffentlichten 12 europäische Verbände, darunter auch die COFACE Familien Europe, einen gemeinsamen Brief an den Rat, in dem sie ihn zur Verabschiedung der Richtlinie ermuntern.

Bereits zur Verabschiedung durch das EU-Parlament hat die AGF gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund, Deutschem Frauenrat, Bundesforum Männer und dem Zukunftsforum Familie eine gemeinsame Einschätzung aus deutscher Perspektive veröffentlicht.

- [Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige](#) 
- [Joint Letter to the EPSCO Council: Let's move towards swift transposition of the EU Work-Life Balance Directive!](#) 
- [Standpunkt des Rates](#) 
- [Dokumentation des Fachgesprächs zum Work-Life-Balance-Paket der AGF](#) 
- [Gemeinsame Kommentierung zur Verabschiedung des Vereinbarkeitspaket im Europäischen Parlament](#)

Rat der Europäischen Union: Neue Vorschriften zum Schutz des Kindeswohls bei grenzüberschreitenden Familienstreitigkeiten

Der Rat der Europäischen Union hat neue Vorschriften beschlossen, die Rechts- und Verwaltungsfragen bei Familienstreitigkeiten zwischen BürgerInnen verschiedener EU-Staaten beschleunigen sollen. Dadurch sollen Vorgänge wie Scheidungen und Annullierungen von Ehen sowie Sorgerechtsfragen und der Umgang mit Kindesentführungen unkomplizierter und schneller geregelt werden können. Jährlich werden innerhalb der EU ca. 140.000 internationale Ehen geschieden. Auch die Zahl der Kinder internationaler unverheirateter Paare hat zugenommen. In der EU gibt es jedes Jahr ca. 1.800 Fälle von Kindesentführungen durch ein Elternteil. In Anbetracht dieser Situation sei eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit der zuständigen Behörden notwendig, um Familien einen sicheren Rechtsrahmen zu gewährleisten und das Kindeswohl zu schützen.

- [Pressemitteilung des Rates der EU](#) 
- [Faktenblatt Elterliche Verantwortung](#) 

EU-Kommission präsentiert den Haushalt für 2020

Die Europäische Kommission hat den EU-Haushalt von 168,3 Milliarden für das Jahr 2020 vorgelegt. Es handelt sich um den letzten Jahreshaushalt der aktuellen Phase der langfristigen Haushaltsplanung von 2014-2020. Die Kommission schlägt dafür einen Fokus auf die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit im Bereich der Wirtschaft sowie von jungen Menschen in der EU und auf die Bekämpfung des Klimawandels vor. So sollen 21 Prozent des vorgeschlagenen Haushaltsplans für Klimaschutzmaßnahmen verwendet werden. 117 Millionen Euro sind für die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen in Regionen mit hoher Jugendarbeitslosigkeit vorgesehen. Für Ausbildung im Rahmen von Erasmus+ sind 2,8 Milliarden Euro eingeplant.

- [Übersicht zum aktuellen EU-Haushalt](#) 

Europäischer Rat nimmt Strategische Agenda der EU für 2019-2024 an

Diese soll einen Orientierungsrahmen für die EU-Politik in diesem Zeitraum bieten. Prioritäten sind die Sicherung von Freiheit und Schutz für alle BürgerInnen, die Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Basis der EU, die Umsetzung der Ziele in den Bereichen Umweltschutz und Soziales und der Förderung europäischer Werte und Interessen weltweit. Konkret betrifft der erste Punkt vor allem eine gemeinsame EU-Migrationspolitik, die irreguläre Migration verhindern und die Rückführung von Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigung in der EU sicherstellen soll. Im Bereich der Wirtschaft werden die Bedeutung der Stabilisierung des Binnenmarktes und die Förderung von Ausbildung und Innovation hervorgehoben. Für den Umweltschutz solle die EU in den Bereichen Klimaneutralität und Investition in nachhaltige Wirtschaft und Landwirtschaft eine Vorreiterrolle einnehmen. Die Förderung und den Schutz europäischer Werte werde die EU sowohl mit der Unterstützung multilateraler Institutionen als auch mit der Ausweitung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik umsetzen.

Rat der Europäischen Union: Überarbeitung der Verordnung über das Lebensmittelrecht

Die Änderungen an der Verordnung zum allgemeinen Lebensmittelrecht, der das EU-Parlament im April zugestimmt hatte (s. [EuropaNews 04/19](#)), wurde vom Rat der EU angenommen. Sie soll ab 2021 angewendet werden und vor allem der Transparenz von wissenschaftlichen Informationen zur Risikobewertung von Lebensmitteln transparenter und für BürgerInnen zugänglicher machen. Studien und Informationen, die den Zulassungsanträge von Lebensmittelunternehmen betreffen, müssen künftig automatisch veröffentlicht werden. In Fällen großer gesellschaftlicher Relevanz kann die Kommission in Zukunft bei der EFSA Studien zur Überprüfung in Auftrag geben. Außerdem wird eine Datenbank mit allen Studien geschaffen, die von Lebensmittelunternehmen in Auftrag gegeben werden. Die Überarbeitung des allgemeinen Lebensmittelrechts wurde im Jahr 2018 nach breiten öffentlichen Debatten über Glyphosat, genetisch veränderte Organismen und endokrine Disruptoren von der Kommission vorgeschlagen. Laut einem Bericht der Weltgesundheitsorganisation erkranken jährlich 23 Millionen Menschen in der EU durch belastete Lebensmittel.

- [WHO-Bericht "The Burden of Foodborne Diseases in the WHO European Region"](#)  

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Belgien: Neues Schulgesetz für Französische Gemeinschaft

Die regionale Regierung der Französischen Gemeinschaft Belgiens (Föderation Wallonie-Brüssel) hat ein neues Schulgesetz beschlossen. Es gilt für die Grund- und Sekundarschulen und soll eine individuellere Förderung aller SchülerInnen sicherstellen. Den Schulen werden dazu mehr Mittel zur Verfügung gestellt, um eine differenzierte Förderung zu ermöglichen. Außerdem wurden die Lehrpläne überarbeitet, um eine zeitgemäße Kombination von Wissen und praktischen Fähigkeiten zu vermitteln und unterschiedliche Stärken verschiedener Kinder fördern zu können. Ein Ziel der Reform ist es außerdem, die Anzahl der wiederholten Klasse pro Jahr bis 2030 um 50% zu senken. LehrerInnen steht es künftig frei, SchülerInnen, die dem Zeugnis nach das Jahr wiederholen müssten, bei guter Perspektive dennoch zu versetzen.

Kroatien: Nationale Jugendstrategie 2019-2024 in Entwicklung

Die neue Jugendstrategie für Kroatien wurde im Rahmen des Programms „Kroatien mit Kroatien“ entwickelt, das junge gebildete BürgerInnen motivieren soll, im Land zu bleiben. Die Bildungsstrategie soll neben der Verbesserung des Ausbildungsniveaus auch die gesellschaftliche und politische Teilhabe, eine gesunde Lebensweise und eine selbstständige Haltung junger Menschen fördern. Zum ersten Mal setzt eine kroatische Bildungsstrategie den Fokus speziell auf junge Menschen aus ländlichen Regionen, um das Bildungsgefälle zwischen Stadt und Land abzubauen. Für die Förderung guter Bildung und Ausbildung für alle jungen KroatInnen stehen dem Programm umgerechnet ca. eine Million Euro aus dem Staatshaushalt und 3,6 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds zur Verfügung.

Irland: Erste politische Strategie für frühkindliche Betreuung vorgelegt

Die irische Regierung hat den Implementierungsplan der Strategie für frühkindliche Betreuung, „First 5“ veröffentlicht. Dabei handelt es sich um die erste national angelegte politische Strategie zur frühkindlichen Betreuung und Bildung. Sie enthält Pläne für eine größere Auswahl an Betreuungsmöglichkeiten, ein neues Versorgungssystem im Bereich Kindergesundheit, neue Unterstützungsmodelle für Eltern, die Reform der Programme frühkindlicher Bildung und Strategien zur Bekämpfung von Kinderarmut. Neben neuen Rechtsansprüchen wie dem auf Elternzeit und Stillen am Arbeitsplatz umfasst die Strategie neue Einrichtungen zur Unterstützung von Eltern in Erziehungs- und Gesundheitsfragen und breit angelegte Informationskampagnen mit Publikationen zu diesen Themen.

- [Implementierungsplan "First 5" für die Jahre 2019-2021](#)  

Polen: Ausweitung des Programms Family 500+

Das polnische Parlament hat eine Erweiterung des Programms Family 500+ beschlossen. Künftig können Familien die monatliche Unterstützungsleistung von 500 Zloty unabhängig vom Einkommen und für jedes Kind unter 18 Jahren bekommen. Ursprünglich war das Programm eingeführt worden, um der demographischen Entwicklung und des Geburtenrückgangs in Polen entgegen zu wirken. Um gezielt Familien mit mehreren Kindern zu unterstützen, konnte der Zuschuss bisher nur ab dem zweiten Kind beantragt werden. Die Ausweitung auf alle

Kinder führt zu erhöhten Kosten des Programms: Für das Jahr 2019 sind dafür umgerechnet ca. 2,3 Milliarden Euro, für die Folgejahre je 4,7 Milliarden Euro eingeplant.

Schweiz: Projekte zur Extremismus-Prävention evaluiert

Die Nationale Plattform Jugend und Medien des Bundesamtes für Sozialversicherungen der Schweiz hat eine Evaluation von vier Pilotprojekten zur Prävention von Radikalisierung im Netz herausgegeben. Es wurde von der Annahme ausgegangen, dass Radikalisierung im Internet zu extremistischen Einstellungen und Taten führen kann und die Prävention daher bereits an diesem Punkt einsetzen müsse. Ausgewählt wurden Pilotprojekte, die mit sogenannten „Gegennarrativen“ arbeiten, also alternative Deutungsmuster für extremistische Denkweisen bereitstellen. Das Gesamtergebnis lautete, dass Prävention im Internet nur ein Ansatzpunkt der Extremismusbekämpfung bilden könne. Die Entwicklung von Online-Angeboten dieser Form soll allerdings in den Nationalen Aktionsplan der Schweiz zur Radikalisierungsbekämpfung einfließen.

- [Evaluationsbericht zu den Pilotprojekten "Gegennarrative und Alternative Narrative"](#) 

Weitere Nachrichten

Eurostat veröffentlicht Zahlen zu Familienleistungen in der EU

Laut einer aktuellen Auswertung von Eurostat gaben die europäischen Staaten 350 Milliarden Euro für Familienleistungen aus. Dies entspricht 2,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der EU und 9 Prozent der Ausgaben für Sozialleistungen insgesamt. Familienleistungen werden hier nach dem European system of integrated social protection statistics (ESSPROSS) definiert. Dazu werden Unterstützungsleistungen im Zusammenhang mit Schwangerschaft, Geburt, Adoption, Kinderbetreuung und der Pflege anderer Angehöriger gezählt, aber keine Leistungen der Gesundheitsversorgung. Nach dieser Auswertung hat Luxemburg mit über 15 Prozent der Sozialleistungen den höchsten Anteil von Ausgaben für Familienleistungen, gefolgt von Estland und Polen. Die niedrigsten Anteile wurden mit je 4 Prozent für die Niederlande und Griechenland angegeben, gefolgt von Spanien und Portugal mit je 5 Prozent. Für Deutschland werden Gesamtausgaben in Höhe von 101,5 Mio. Euro ausgegeben. Dies entspricht ca. 3.2% des BIP und 11.41 % der Sozialgesamtausgaben.

- [Zur Meldung von Eurostat](#) 
- [Glossar des ESSPROSS](#) 

Weltkindertag: Save the Children veröffentlicht Global Childhood Report

Anlässlich des Internationalen Weltkindertags am 1. Juni hat die internationale Kinderrechtsorganisation Save the Children den Global Childhood Report für das Jahr 2019 veröffentlicht. Demnach wächst noch immer ein Viertel der Kinder unter Bedingungen auf, die ihnen das Recht auf eine Kindheit verwehren: Ohne Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung und Schutz vor Gewalt. Anlässlich ihres hundertjährigen Bestehens verweist die Organisation auch auf Erfolge ihrer Arbeit. Laut ihres „End of Childhood“ Index habe sich die Situation von 280 Millionen Kindern in den letzten zwei Jahrzehnten drastisch verbessert. Die schwierigsten Bedingungen hätten insgesamt Kinder, die in afrikanischen Ländern aufwachsen. Dies gelte insbesondere für die zentralafrikanische Republik, Niger und Tschad. Am wenigsten bedroht sei eine geschützte Kindheit in Singapur, gefolgt von

Schweden und Finnland. Neben dem Bericht stellt Save the Children eine interaktive Karte und ein Vergleichstool zu Lebensbedingungen von Kindern nach Ländern zur Verfügung.

- [Global Childhood Report 2019](#)  
- [Faktenblatt zum Bericht von Save the Children Deutschland](#) 
- [Interaktive Infoseite von Save the Children](#) 

Eurochild: Stellungnahme zum Europäischen Semester

Die länderspezifischen Empfehlungen 2019 der EU-Kommission für die kommenden 12 bis 18 Monate liegen vor. Die Organisation Eurochild hat den wirtschaftspolitischen Koordinierungsprozess des Europäischen Semesters unter sozialpolitischen Aspekten bewertet. Nach der Einschätzung von Eurochild liegt der Fokus der diesjährigen Empfehlungen insgesamt auf Maßnahmen zur finanzpolitischen Stabilität, Bildung und aktivierende Arbeitsmarktpolitik sowie Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsmaßnahmen. Insgesamt hätten sozialpolitische Fragestellungen in den diesjährigen Empfehlungen mehr Aufmerksamkeit erhalten als in den Jahren zuvor, so Eurochild. Allerdings sei ihre Forderung, Kinderrechte und das Problem von Kinderarmut explizit zu adressieren, nicht aufgenommen worden.

- [Stellungnahme zum Europäischen Semester 2019 von Eurochild](#)  
- [Länderspezifische Empfehlungen zum nationalen Reformprogramm Deutschlands 2019](#)
- [Alle länderspezifischen Empfehlungen 2019](#) 

UNICEF: Studie zu Familienpolitik in OECD- und EU-Staaten

In der Studie „Are the world’s richest countries family friendly? Policy in the OECD and EU“ untersucht UNICEF die Familienpolitik in 31 Staaten der EU und der OECD. Zum Vergleich der familienpolitischen Leistungen wurden vier Indikatoren gebildet: Die Dauer bezahlter Elternzeit, die Dauer von Elternzeit speziell für Väter, der Anteil von Kindern unter drei Jahren in Betreuungseinrichtungen und der Anteil der Kinder ab dem Alter von drei Jahren bis zum Schuleintrittsalter in Betreuungseinrichtungen oder Vorschulen. Nach dieser Studie sind Schweden, Norwegen und Island die familienfreundlichsten Länder. Die drei letzten Plätze dieser Vergleichsstudie wurden von Zypern, Griechenland und der Schweiz belegt. Deutschland wurde auf Platz 6 eingestuft. Die Studie gibt zudem Empfehlungen für eine familienfreundlichere Politik: Es sollte eine bezahlte Elternzeit von mindestens sechs Monaten gesetzlich verankert werden und der Zugang aller Kinder zu hochwertigen, bezahlbaren und barrierefreien Bildungseinrichtungen gewährleistet werden. Der Übergang von der Elternzeit zum Beginn der Kinderbetreuung sollte so geregelt werden, dass Kinder ohne Unterbrechung eine umfassende Betreuung erhielten, die ihnen eine altersgerechte Entwicklung ermögliche. Arbeitszeiten und –pausen sowie Arbeitsplätze sollen so organisiert sein, dass Mütter die Möglichkeit haben, ihre Kinder zu stillen.

- [Are The World's Richest Countries Family Friendly?](#)  

Internationaler Tag gegen Kinderarmut

Am 12. Juni wird jährlich der Internationale Tag gegen Kinderarmut begangen. Die Menschenrechtsorganisation Terre Des Hommes veröffentlichte anlässlich dieses Tages den Kinderarbeitsreport 2019. Daraus geht hervor, dass die Kinderarbeit sich insgesamt verringert hat: Im Jahr 2000 waren mit 246 Millionen weltweit noch anderthalb mal so viele Kinder betroffen wie heute. Terre Des Hommes mahnt jedoch an, das Problem trotzdem

weiterhin ernst zu nehmen: Von den aktuell betroffenen Kindern arbeite fast die Hälfte unter gefährlichen oder ausbeuterischen Bedingungen.

- [Kinderarbeitsreport 2019](#)  
- [Deutsche Kurzfassung des Kinderarbeitsreports 2019](#) 

Weltflüchtlingstag

Anlässlich des Weltflüchtlingstages am 20. Juni veröffentlichte das UN-Flüchtlingswerk (UNHCR) seinen Bericht mit weltweiten Zahlen von Menschen auf der Flucht. Demnach seien im Jahr 2018 erstmalig mehr als 70 Millionen Menschen auf der Flucht. Davon seien 25,9 Millionen Menschen, die vor Kriegen, Menschenrechtsverletzungen oder Verfolgung aus ihren Heimatländern fliehen mussten. 41,3 Millionen Menschen sind Binnenvertriebene, also innerhalb ihres Landes auf der Flucht. Bei mehr als der Hälfte der Gesamtzahl Geflüchteter handelt es sich um Minderjährige unter 18 Jahren. Menschenrechtsorganisationen kritisierten die EU für ihre Asyl- und Migrationspolitik, die zunehmend auf Abschottung setze. Die Hohe Vertreterin der EU für Außen und Sicherheitspolitik hingegen bekräftigte anlässlich des Weltflüchtlingstages das Engagement der EU im Schutz geflüchteter Menschen. Sie gab an, dass die EU weiterhin an der Wahrung der Menschenrechte mit anderen Staaten und Nichtregierungsorganisationen zusammenarbeite und bemüht sei, legale und sichere Wege für Migration zu schaffen.

- [Zur interaktiven Datenbank der UNHCR](#) 
- [Der Bericht "Global Trends - Forced Displacement in 2018"](#)  

Y7 Jugendgipfel

Delegierte der G7-Länder, der EU und der Afrikanischen Union kamen vom 9. bis 14. Juni in Paris zum Y7-Summit zusammen. Dieser Gipfel soll wie der ebenso jährlich für die G20 stattfindende Y20-Summit die junge Stimme der G7 repräsentieren. Dafür kommen 100 Studierende und andere junge Menschen aus den jeweiligen Ländern zusammen und erarbeiten ihre eigene Agenda mit Lösungsvorschlägen für weltweit bestehende Herausforderungen. Thema des Y7 waren in diesem Jahr globale Ungleichheiten. Dabei standen vor allem auf neue Ungleichheiten im Fokus, die sich durch gegenwärtige Prozesse wie den Klimawandel und intensiviertere Migrationsbewegungen ergeben. Zur Bekämpfung dieser neuen weltweiten Ungleichheiten wurden Lösungsansätze erarbeitet, die im Y7 Call for Action zusammen getragen sind.

- [Y7 Call for Action](#)  

Welttag der Lebensmittelsicherheit ins Leben gerufen

Die UNO-Vollversammlung hat den 7. Juni zum Tag der Lebensmittelsicherheit bestimmt, der in diesem Jahr erstmalig begangen wird. Er soll Aufmerksamkeit für weltweit bestehende Herausforderungen in diesem Bereich schaffen und dazu anregen, dafür Lösungsansätze zu entwickeln. Ein Sprecher der EU-Kommission begrüßte diesen Schritt und betonte, dass die EU ihre Mitgliedstaaten bereits zu höchsten Standards in der Lebensmittelsicherheit verpflichtete. Sie werde als wichtiger Teil von Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention verstanden und trage damit auch zur Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele bei. Die Regulierung der Lebensmittelversorgung müsse global betrachtet werden und darauf hinarbeiten, dass sichere

und gesunde Lebensmittel für alle Menschen zu Verfügung stehen und mit möglichst geringer Umweltbelastung produziert und transportiert werden. Eine anlässlich des Welttags der Lebensmittelsicherheit veröffentlichte Umfrage der Kommission zeigt, dass dieses Thema für ca. 55 Prozent der befragten EuropäerInnen eine wichtige Rolle spielt. Zwei Drittel von ihnen gaben an, diesen Faktor bei der Auswahl ihrer Lebensmittel einzubeziehen.

- [Infoseite der UN zum Welttag der Lebensmittelsicherheit](#) 
- [Forschungsbericht zur Umfrage](#)  

Berichte und Studien

EU-Kommission: Demographische Szenarien für die EU

Der Bericht „Demographic Scenarios for the EU“ untersucht die Hauptfaktoren, die die demographische Entwicklung Europas prägen werden. Dabei werden nicht nur Geburtenraten, Sterblichkeitsraten und Migrationsbewegungen einbezogen, sondern auch Bildungsniveaus und Raten der Arbeitsmarktbeteiligung. Dadurch können detailliertere Szenarien für mögliche demographische Entwicklungen modelliert werden. Bevor diese Modelle vorgestellt und erläutert werden, gibt der Report Informationen zu den demographischen Herausforderungen der Alterung von Gesellschaften, des Verhältnisses von berufstätiger und nicht-berufstätiger Bevölkerung und der möglichen Folgen von erhöhten Migrationsbewegungen. Die Szenarien für die EU werden zudem abschließend in globale demographische Trends eingebettet.

- [Demographic Scenarios for the EU](#)  

OECD: Gute Strategien für gute Berufe in der frühen Bildung

Die OECD hat eine Broschüre vorgelegt, die die Gewinnung und Bindung von Fachkräften im Bereich der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung (FBBE) genauer betrachtet. Demnach sei es den OECD-Ländern zunehmend wichtig, dass FBBE-Fachkräfte ein hohes Qualifikationsniveau besitzen. Jedoch führten Niedriglöhne, ein geringes Ansehen, fehlende öffentliche Anerkennung, schlechte Arbeitsbedingungen und begrenzte berufliche Entwicklungsmöglichkeiten dazu, dass die Personalgewinnung und -bindung sich häufig schwierig gestalten. Auf der Grundlage früherer Arbeiten der OECD zum Thema frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung und Erfahrungen aus OECD-Ländern stellt dieser Bericht bewährte Maßnahmen für bessere FBBE-Arbeitsplätze und den Ausbau des Bestands hochqualifizierter Arbeitskräfte vor.

- [Zur OECD Veröffentlichung](#)

Discussion Paper von Population Europe zu Migrationsfamilien in Europa

In dem Papier wird vor allem die Heterogenität des Familienlebens von Familien mit Migrationshintergrund hervorgehoben. Gefordert werden dazu zum einen weitere (Längsschnitt-) Untersuchungen, um die Verhaltensmuster sowie potentielle Veränderungen darin und das Familienleben im Familienlebenszeitverlauf besser zu verstehen. Gezielte politische Maßnahmen seien nötig, um die Rahmenbedingungen von Familien und Kindern mit Migrationshintergrund dauerhaft zu verbessern.

- [Discussion Paper zu Migrationsfamilien in Europa](#) 

Population Europe: Kurzbericht zur Pflege älterer Menschen

Der Kurzbericht „Who Cares“ stellt demographische Entwicklungen und deren Auswirkungen auf den Bedarf an Pflege älterer Menschen dar. Neben Unterschieden im Pflegebedarf und der Versorgung verschiedener Kohorten wird auf Geschlechterunterschiede im Bereich Pflege hingewiesen. Durch ihre häufig von Unterbrechungen zur Kindererziehung geprägten Erwerbsverläufe seien Frauen stärker von Altersarmut betroffen und verfügten zudem seltener über informelle Pflegemöglichkeiten als Männer. Abschließend werden politische Empfehlungen wie die Sicherung eines Angebots an qualifizierten Pflegekräften und der Förderung gesellschaftlicher Verantwortung für diese Herausforderung gegeben.

- [Population Europe: Who Cares?](#) 

EU-Kommission: Bericht zu Gesundheits- und Pflegesystemen europäischer Staaten

Die Europäische Kommission hat den Bericht “Joint Report on Health Care and Long-Term Care Systems & Fiscal Sustainability” zu Gesundheits und Pflegesystemen sowie ihrer finanzpolitischen Nachhaltigkeit von EU-Staaten im Vergleich herausgegeben. Darin werden die Gesundheits- und Langzeitpflegesysteme der Staaten einzeln umfangreich analysiert. Die Darstellungen enthalten quantitative und qualitative Beschreibungen, da die Systeme möglichst umfangreich abgebildet werden sollen. Dies soll eine gute Vergleichbarkeit und die Identifikation von Best Practices ermöglichen und gegenseitiges Lernen fördern.

- [Joint Report on Health Care and Long-Term Care Systems & Fiscal Sustainability](#)  

Kurzexpertise zu Finanzieller Absicherung von Kindern. Ein Blick in andere europäische Staaten

Anlässlich eines Europäischen Fachdialogs zu Kinderarmut und sozialer Exklusion hat die Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa eine Kurzexpertise zur finanziellen Absicherung von Kindern in Europa herausgegeben. Darin wird ein Blick auf die europäische Debatte geworfen sowie ein Überblick in andere europäische Staaten, insbesondere Luxemburg und Österreich geworfen.

- [Kurzexpertise: Finanzielle Absicherung von Kindern. Ein Blick in andere europäische Staaten](#)

EMCDDA: Europäischer Drogenbericht 2019

Der Europäische Drogenbericht 2019 der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EMCDDA) liegt vor. Neben Zahlen und Tendenzen zum Drogenkonsum in der EU wird Europa als Markt für illegale Betäubungsmittel betrachtet und gesundheitliche Folgen sowie präventive und therapeutische Maßnahmen in verschiedenen EU-Staaten dargestellt. Demnach haben ca. 96 Millionen Erwachsene in der EU in ihrem Leben illegale Rauschmittel konsumiert, 12,2 Millionen Menschen sind aufgrund ihres Konsums in Behandlung. Der Bericht betont insbesondere die Entwicklung ansteigender Verfügbarkeit und erhöhtem Konsum von Kokain. Im Bereich der Opiode bleibt Heroin die am meisten verbreitete Droge. Für die Therapie von Heroinsüchtigen fallen die höchsten Gesundheits- und Sozialkosten an.

- [Europäischer Drogenbericht 2019](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
03.-05. Juli 2019 Exeter, Großbritannien	Society for Academic Primary Care 48th Annual Scientific Meeting 2019	Society for Academic Primary Care
26.-27.Sep 2019 Edinburgh, Schottland	Care Leavers: Integrated Care and Support	European Social Network
03.-4. Oktober 2019 Helsinki, Finnland	Shaping a healthy environment fit for children	COFACE Families Europe
27.- 29 Oktober 2019 Tartu, Estland	7th Conference of the International Society for Child Indicators (ISCI) "Children of the World: The Touch of Change. Theories, Policies, Practices"	University of Tartu
15.-17. Nov. 2019 Rom, Italien	Refugee and Migrant Children and Families Preserving family life through hard challenges	International Commission on Family and Couple Relations

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und ist in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin · Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78

E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>

Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend